STADTMachtschule/







Vorbemerkungen zur Unterrichtseinheit

ürgerinitiativen sind Organisationsformen, um vor allem Protest zu artikulieren – besonders häufig gegen Infrastrukturprojekte in der Nachbarschaft. Seltener bilden sie sich, um initiativ Forderungen zu artikulieren. Doch egal, ob sie sich gegen den Flughafenausbau oder für den Erhalt des Naturschutzgebiets richten: Die Initiativen haben längst einen ambivalenten Ruf, weil sie häufig wenig differenziert und nur aus einer Perspektive betrachtet werden. Mal werden sie als Zusammenschlüsse von politikverdrossenen "Wutbürgern" verschrien, die keine Veränderungen akzeptieren wollen, mal als das einzige Instrument der ansonsten gegen Staat und Konzerne machtlosen Menschen vor Ort verzerrt.

Dabei herrscht grundsätzlich Einigkeit: Bürgerinitiativen stehen für begrüßenswertes bürgerliches Engagement, sie stellen eine attraktive Form der Partizipation dar. Häufig sind es tatsächlich die Anwohner, die am besten beurteilen können, was vor Ort gut und richtig ist – und was nicht. Andererseits: Wer sind sie eigentlich, "die Bürger", die sich zu Initiativen zusammenschließen? Und was, wenn sich der Protest gegen Stromtrassen richtet, deren geplanter Bau mit aus der Energiewende entstehenden Notwendigkeiten begründet wird? Oder gar – ganz aktuell – gegen die Errichtung einer Unterbringung für geflüchtete Menschen?

Die Unterrichtseinheit thematisiert Potenziale und Probleme von Bürgerinitiativen. Dabei führt sie in wesentliche Begrifflichkeiten und Kontroversen ein und fordert die Schülerinnen und Schüler anhand eines abschließenden Fallbeispiels auf, eigene Lösungen zu entwickeln.



Hinweise zur Durchführung

Aufgabe 1:

Die Aufgabe soll in das Thema einführen und dabei nach einer Wissensaktivierung in Anlehnung an die folgende Textlektüre wesentliche Begriffe klären.

Politische Partizipation

Beteiligung an politischen Entscheidungen durch Wahlen, direkte Demokratie oder Engagement in Vereinen und Organisationen vor Ort, etwa auch in Bürgerinitiativen

Citoyen (französisch):

Sich an Entscheidungen des Gemeinwesens beteiligender Bürger bzw. Staatsbürger

Wutbürger

Bürger, der sich gegen (geplante) Veränderungen wehrt bzw. dagegen mit Wut und Empörung protestiert. Der Protest richtet sich dabei auch gegen die als Willkür empfundene politische Entscheidung

Dagegen-Republik

Wortschöpfung angesichts zunehmender Bürgerproteste gegen Großprojekte, zum Beispiel Stuttgart 21; der Begriff soll die Sorge zum Ausdruck bringen, dass jegliche Veränderung von den Bürgern abgelehnt wird und damit kein Fortschritt mehr stattfinden kann

Politischer Entscheidungsprozess/ Politische Willensbildung

Gemeint ist hier der Versuch der Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Bürger, zum Beispiel in Bürgerinitiativen oder durch Protest/Demonstrationen

Nimby

Gemeint ist das Phänomen, dass Bürger Veränderungen (zum Beispiel Energiewende) zwar begrüßen, damit verbundene Konsequenzen bei persönlicher Betroffenheit (zum Beispiel Windrad in Sichtweite des eigenen Hauses) jedoch ablehnen

Für eine eigenständige Recherche der Schülerinnen und Schüler zu den Begriffen sind insbesondere die Online-Lexika der Bundeszentrale für politische Bildung geeignet:

http://www.bpb.de/nachschlagen/

Aufgabe 2:

Die Fragen gelten zum einen der Überprüfung des
Textverständnisses, zum anderen sollen die Schülerinnen
und Schüler darüber hinaus verschiedene Aspekte von
Bürgerinitiativen diskutieren. Insbesondere ist es
wünschenswert, Legitimationsfragen (Struktur von
Bürgerinitiativen) und negative Auswirkungen auf die
Prozessdauer (Verzögerung von Planungsverfahren bei zum
Beispiel dringendem Wohnraumbedarf) zu thematisieren,
aber ebenso die positiven Aspekte wie die Expertise von
Anwohnern durch Ortskenntnis und/oder Fachwissen (zum
Beispiel Gegengutachten zum Bedarf von Stromtrassen)

Aufgabe 3:

Die Aufgabe ist so gestellt, dass Interessen verschiedener Bürgergruppen (Anwohner an bestehender Straße, Anwohner der geplanten Route, Umweltschützer, Pendler) aufeinandertreffen und Proteste nahezu zwangsläufig zu erwarten sind. Es kann offen bleiben, ob die Schülerinnen und Schüler eine inhaltliche Abwägung treffen oder einen Prozessvorschlag zur Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindung unterbreiten; soll Letzteres sichergestellt werden, wird eine entsprechende Ergänzung der Aufgabenstellung empfohlen.

Die Aufgabe sollte in Kleingruppen (zwei bis fünf Schülerinnen/Schüler) bearbeitet und anschließend im Plenum besprochen werden.

Q	Checkliste
	Aufgabenstellung (Kopiervorlage)
	Texte 1 und 2 (bzw. Internetzugang)
	Material für Plakatgestaltung

Stadt! Macht! Schule! ist ein Projekt der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

HAMBURGER STIFTUNG FÜR WIRTSCHAFTSETHIK

Stadt! Macht! Schule! wird gefördert von der Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch Stiftung

und der Stiftung Hamburger Wohnen



Impressum und Kontakt

Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

Max-Brauer-Allee 22 22765 Hamburg 040.87 87 905 70 info@stadtmachtschule.de www.stiftung-wirtschaftsethik.de www.stadtmachtschule.de

Projektlogo: Justar.nl Gestaltung: IconScreen.de

Lizenzhinweis

Dieses Unterrichtsmaterial ist erschienen unter einer Creative Commons Lizenz (Namensnennung – Nicht-Kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0)